



UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Demokratie mit Anwesenheitspflicht

Loick, D.

DOI

[10.1515/dzph-2021-0027](https://doi.org/10.1515/dzph-2021-0027)

Publication date

2021

Document Version

Final published version

Published in

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

License

CC BY

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

Loick, D. (2021). Demokratie mit Anwesenheitspflicht. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 69(2), 326-330. <https://doi.org/10.1515/dzph-2021-0027>

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <https://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

Buchkritik

Daniel Loick*

Demokratie mit Anwesenheitspflicht

<https://doi.org/10.1515/dzph-2021-0027>

Isabell Lorey. Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart. Berlin, Suhrkamp, 2020, 217 S.

Mit ihrer neuen Studie *Demokratie im Präsens* unternimmt Isabell Lorey einen Versuch, aus den Erfahrungen mit basis-demokratischen Praktiken radikaler sozialer Bewegungen ein demokratietheoretisches Modell zu generieren, das sie sowohl der erodierenden liberalen Demokratie als auch den weltweit erstarkenden autoritär-populistischen Bestrebungen als Alternative gegenüberstellt. Diesem Projekt liegt die Diagnose zugrunde, dass Liberalismus und Autoritarismus keine Gegensätze sind, sondern zwischen ihnen ein Latenzverhältnis besteht: Die liberale Demokratie basiert bereits auf den Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen, deren Entfesselung wir zurzeit beobachten.¹ Daraus folgt, dass es nicht genug sein kann, für eine Restaurierung des *status quo ante* einzutreten, also die Wiederherstellung des „normalen“ repräsentativen Systems. Um aus der Paralyse einer solchen Defensivhaltung, die keine eigene emanzipatorische Vision gesellschaftlichen Zusammenlebens anzubieten hat, auszubrechen, ist es notwendig, die Einsichten der emanzipatorischen Bewegungen zu konsultieren, die in den letzten zehn Jahren am grundlegendsten den westlichen neoliberalen Konsens herausgefordert haben. Es sind vor allem die Erfahrungen der Platzbesetzungen, wie die von der Puerta del Sol in Madrid, dem Tahrirplatz in Kairo, dem Zuccotti-Park in New York, dem Gezi-Park in Istanbul oder dem Syntagma-Platz in Athen, die leitend für Loreys Konzept der „präsentischen Demokratie“ sind.

Dieses Konzept konturiert sie in fünf Kapiteln, die jeweils dem Dialog mit einem kanonischen Denker gewidmet sind und die zusammengenommen die

¹ Vgl. dazu auch die aktuellen Analysen von W. Brown, Neoliberalism's Frankenstein. Authoritarian Freedom in Twenty-First Century 'Democracies', in: *Critical Times* 1.1 (2018), 60–79; E. v. Redecker, Ownership's Shadow. Neo-Authoritarianism as Defense of Phantom Possession, in: *Critical Times* 3.1 (2020), 31–67.

*Kontakt: Daniel Loick, d.loick@uva.nl

wesentlichen Bausteine für ihr Modell liefern: Versammlung (Rousseau), Zukünftigkeit (Derrida), Jetztzeit (Benjamin), unabgeschlossene Gegenwart (Foucault) und konstituierende Macht (Negri). In einem abschließenden sechsten Kapitel synthetisiert Lorey diese Elemente noch einmal und konkretisiert sie anhand des Beispiels (queer-)feministischer Politiken der Sorge.

In Rousseau findet Lorey den ersten Stichwortgeber einer repräsentationskritischen Idee von Demokratie. Für Rousseau kann die konstituierende Macht des *demos* niemals an eine Regierung delegiert werden; sie bleibt an die Versammlung des Volkes gebunden. Lorey grenzt sich von den maskulinistischen Implikationen von Rousseaus Demokratiemodell ab, findet bei ihm jedoch auch Anknüpfungspunkte für alternative demokratische Praktiken. Während der „offizielle“ demokratiethoretische Rousseau mit seinem Konzept der Volkssouveränität an einer Vorstellung eines selbst-identischen und homogenen Volkskörpers festhält, der vor der ungezügelten vopolitischen Vielheit der Multitude geschützt werden muss, spürt Lorey in Rousseaus Theatertheorie eine alternative Repräsentationskritik auf, die sie im Folgenden zur Basis ihrer Theorie der radikaldemokratischen Platzbesetzungen macht. Im *Brief an d'Alembert* kritisiert Rousseau das Theater als einen Ort trübseliger Einsperrung, in der Wenige auf der Bühne für alle zu sprechen beanspruchen, während die Mehrheit zu ihrer Rolle als passives Publikum verdammt ist. Dagegen lobt Rousseau das Fest der Vielen unter freiem Himmel als freudvolle Aktivität des Austauschs und der Vermischung (58–62). Dieses Fest kennt keine Zuschauer*innen mehr, sondern nur noch Teilnehmer*innen. Lorey beeilt sich zu betonen, dass diese Repräsentationskritik nicht im Sinne einer authentischen Verschmelzungserfahrung zu begreifen ist. Vielmehr sei Rousseaus Fest als Form von Versammlung zu verstehen, die immer schon dynamisch und differierend sei.²

Diesem Punkt – das Konzept der präsentischen Demokratie von einer Metaphysik der Präsenz abzugrenzen bzw. sie vor diesbezüglichen Kritiken in Schutz zu nehmen – dient auch die Integration von Jacques Derridas Idee des Kommen- den und Walter Benjamins Begriff der „Jetztzeit“. Ging es für Lorey bei Rousseaus Feiern nicht um Unmittelbarkeit und Authentizität, so hat auch ein präsentischer Begriff der Gegenwart nichts mit einer Immersion im Augenblick zu tun. Im Gegensatz zur teleologischen Fortschrittsideologie der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, aber auch der spontaneistischen Ereignisversessenheit etwa mes-

2 Für den Gegenentwurf einer emanzipatorischen Politik der Repräsentation, die statt bei der Anwesenheit bei dem Abstand des demokratischen Subjekts zu sich selbst und damit der supplementären Logik des Politischen ansetzt, vgl. M. Martinez Mateo, *Politik der Repräsentation. Zwischen Formierung und Abbildung*, Wiesbaden 2018.

sianistischer Revolutionsideale, bricht Benjamins Jetztzeit die Gegenwart auf, indem vom gegebenen historischen Standpunkt aus Bezüge zu verschütteten Kämpfen der Vergangenheit konstruiert werden. Derridas Konzept der Demokratie à venir verweist zudem auf die irreduzible Unabgeschlossenheit und Unvollständigkeit der demokratischen Gemeinschaft und darum auch der kollektiven Beratschlagung. Das „Präsens“ der „Demokratie im Präsens“ wird also sowohl von der Vergangenheit, als auch von der Zukunft her durchkreuzt.

Der Begriff einer „Demokratie im Präsens“ besitzt also sowohl eine räumliche als auch eine zeitliche Dimension. Gegen die ausschließenden und spaltenden Effekte der Repräsentation mobilisiert Lorey die disruptive vereinende Kraft der Gegenwart und der Anwesenheit. In der Pariser Kommune von 1870 sieht sie zugleich die Manifestation einer in diesem Sinne „gegenwärtigen“ Gemeinschaft und eine Vorläuferin der radikaldemokratischen Selbstregierungsexperimente der 2010er Jahre. Wie sie im abschließenden Kapitel betont, verharret die Repräsentationskritik dabei nicht in dem Bereich, der gemeinhin für die Politik vorgesehen ist. Haupteinsatzpunkt der Zurückweisung des hegemonialen Repräsentationsanspruchs ist das Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Sphärentrennung in Öffentlichkeit und Privatheit, indem sich Kämpfe gegen neoliberale Prekarisierung, antirassistische Praktiken und (queer-)feministische Hausarbeits-Streiks unter dem gemeinsamen Banner der Sorge verbünden.³ Indem sie die Repräsentationskritik als verbindendes Moment dieser Kämpfe identifiziert, will Lorey den Anspruch einlösen, die heterogenen sozialen Bewegungen zu einer kohärenten Demokratietheorie gegen die liberale Demokratie in Anschlag zu bringen.

Lorey betont immer wieder, dass sie „Präsens“ nicht als „Präsenz“ verstanden wissen will: Sie tritt zwar gegen die repräsentative und für eine präsentische Demokratie ein, diese soll jedoch gegen problematische Authentizitäts-, Selbstidentitäts- oder Unmittelbarkeitsphantasmen gefeit sein. Darin unterscheidet sich Loreys Modell etwa von Modellen der direkten Demokratie oder anarchistischen Konsensmodellen. Es bleibt jedoch unklar, woher der Begriff des Präsens bzw. des Präsentischen diese Reserven haben soll. Dieses Problem zeigt sich etwa, wenn Lorey Derridas Kritik zurückweist, Rousseau verfallende einem problematischen Phonozentrismus, der das Abwesende zugunsten des Anwesenden abwertet: „[Rousseau] verteidigt nicht die Unmittelbarkeit des Körperlichen und preist nicht das Authentische im Gegensatz zur Vermittlung und dem Schauspiel“ (58). Direkt in den nächsten Abschnitten rekonstruiert sie Rousseau aber dann

³ Für eine aktuelle Theoretisierung feministischer Streikbewegungen mit ähnlicher Stoßrichtung vgl. zuletzt V. Gago, *Feminist International. How to Change Everything*, London u. New York 2020.

auf eine Weise, die genau diese Lesart nahelegt: Rousseau lobpreist in schillernden Worten das Fest als affektiv erzeugte Einheit und Kommunion, die keine „Wortführer*innen und Vermittler*innen“ mehr nötig habe (61). Insgesamt verbleibt das Argument zumeist auf der Ebene des Deklaratorischen: Es wird einfach behauptet, die präsentische Demokratie sei plural, kreativ, transversal, radikal inklusiv, dynamisch, heterogen, intensiv, schöpferisch, transnational, postidentitär, antipatriarchal, antirassistisch und antikapitalistisch etc. (196–198 und passim) – ohne all diese Vorzüge aus dem Begriff selbst zu entwickeln. Lorey geht stattdessen bewegungspositivistisch vor: Sie identifiziert an existierenden politischen Bewegungen Eigenschaften, die sie theoretisch und praktisch befürwortet, und schreibt sie dem Begriff der präsentischen Demokratie zu. Diese Strategie vermag aber erstens nicht die Auswahl der realexistierenden Bewegungen zu motivieren, die für eine emanzipatorische soziale Transformation stehen (zu der nach Loreys Definition etwa die Wahlkampagnen von Jeremy Corbyn oder Bernie Sanders nichts beizutragen haben könnten), zweitens führt sie auch selbst zu einer Glorifizierung existierender Praktiken, die immun gegen jede Heimsuchung und jedes Umschlagen zu sein scheinen. Wieso genau sollte die Versammlung der Multitude an der frischen Luft davor gefeit sein, die alten Ausschlüsse des Theaters zu reproduzieren oder neue Konformismen des Festes zu fabrizieren?

Dieses Problem hängt mit der politischen Praxis zusammen, die Lorey zum Leitbild ihres Modells gemacht hat, den Platzbesetzungen. Das bestimmende Moment dieser Praxis ist eben die Anwesenheit: Sie funktioniert nur, wenn möglichst viele Menschen physisch zugegen sind. Die dynamisierenden und differenzsichernden Momente emanzipatorischer Platzbesetzungen hingegen, die Lorey betont, gehören nicht per se zur Logik der Versammlung – sie müssen daher zusätzlich eingeführt werden und bekommen dadurch etwas Willkürliches.⁴ Diese Praxis ist auch zu spezifisch, um tatsächlich das Paradigma der Gesamtheit emanzipatorischer sozialer Bewegungen abzugeben. Gerade die feministische Politisierung von reproduktiven Tätigkeiten und die damit einhergehende Infragestellung der strikten Trennung von *polis* und *oikos*, auf die sich Lorey programmatisch bezieht, beruhen auf einer Vielzahl ephemerer Praktiken, die sich der eher konventionellen politischen Rationalität der Versammlung gerade versperren. Eher als eine Repräsentationskritik ließen sich Politiken der Sorge als der Versuch verstehen, eine emanzipatorische Form der Vertretung zu finden: eine Einbeziehung dessen, das nicht teilnehmen kann – ganz Junge, ganz Alte, ganz Schwache, ganz Weirde, alles, was in der Ordnung der Partizipation

⁴ Für eine Theoretisierung der Theorie der Versammlung vgl. auch J. Butler, Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin 2016.

nicht intelligibel ist. Dies wäre eine politische Perspektive, die wirklich von der materiellen Erfahrung der Sorgetragenden informiert wäre, also derjenigen, die im alltäglichen Leben mit der *Care*-Arbeit um die Sprachlosen und Verstummteten betraut sind.

Es ist Isabell Lorey hoch anzurechnen, die Praxis radikaler sozialer Bewegungen philosophisch ernst zu nehmen und die theoretischen Erträge dieser vielfältigen Experimente demokratietheoretisch zu pointieren. Anders als viele andere zeitgenössische politische Theorien ist *Demokratie im Präsens* von vornherein aus einer aktivistischen Perspektive geschrieben, die die vorgebliche Alternativlosigkeit des parlamentarischen Modells der Demokratie dementiert. Dabei legt sie ganz selbstverständlich eine intersektionale Analyse zugrunde, die verschiedene Herrschaftsverhältnisse als miteinander verschränkt versteht. Der Grundbegriff des Modells, der des Präsens, scheint dabei jedoch wenig geeignet, die gravierenden Herausforderungen zu adressieren, mit denen sich radikale Gesellschaftskritiken heute konfrontiert sehen. Ein zentraler Punkt von Derridas Dekonstruktion der Metaphysik der Präsenz bestand darin, dass die europäische Obsession mit der „absoluten Nähe der Stimme zum Sein“⁵ die Tatsache verdrängt, dass der Sinn eines Zeichens von unzähligen abwesenden und gewesenen anderen Zeichen und also von einer uneinholbaren Differenz abhängt, die in der Unmittelbarkeit der Situation nie transparent gemacht werden kann. Die politisch-ethische Dimension dieser Einklammerung der Präsenzfixierung besteht darin, die konstitutive Bedeutung dessen, was nicht da ist – das Vergangene, das Zukünftige oder das weit Entfernte – für jede unmittelbar gegebene Situation anzuerkennen. Derridas klassischer Einwand ist für die politische Theorie durch die aktuellen politischen, ökologischen und technologischen Entwicklungen in besonderem Maße relevant geworden. Die Fragen des Tiers und der Technik, der Natur und der Dinge, des Toten und des Nachlebenden etwa verweisen allesamt nicht auf das Anwesende, sondern auf das irreduzibel Abwesende, auf Figuren, die an Versammlungen nicht teilnehmen können. Dann aber kann es nicht um die Zurückweisung von Repräsentation an sich gehen, sondern darum, *andere Formen von Repräsentation* zu denken: emanzipatorische und weniger gewaltvolle Formen des Advokatorischen, der Fürsprache, des Parlaments der Dinge. Die Berücksichtigung des Passiven und Abwesenden lädt freilich strukturell zu Bevormundung, Hierarchiebildung und Erstarrung ein: Gefahren, denen es durch Mechanismen der Kontestation und Revision zu begegnen gälte. Die wirklich gegenwärtige Aufgabe der politischen Theorie jedenfalls bestünde in der Entwicklung eines Modells der absentischen Demokratie.

5 J. Derrida, *Grammatologie*, Frankfurt am Main 1974, 25.